

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das
sowie für das Forst-
Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
rentamt zu Tharandt. Vorstands-Ronto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 112 | Sonnabend den 17. Mai 1919 | 78. Jahrg.

Ämtlicher Teil.

Fleischversorgung im Versorgungsbezirk Kesselsdorf.

Der aus dem Ceeresdienst entlassene Fleischer **Otto Johne** in Kesselsdorf wird im Verkauf von Fleisch und Wurstwaren in der am **19. Mai d. J.** beginnenden Woche übernehmen.

Die Fleischverordnungsbehörde des Versorgungsbezirks Kesselsdorf, die in Zukunft das ihnen zustehende Fleisch bei dem Fleischer Johne in Kesselsdorf beziehen wollen, haben sich **rechtzeitig** — mindestens 5 Tage vor dem erstmaligen Fleischbezug — in dessen Kundenliste eintragen zu lassen. Vor der Anmeldung haben sie den Fleischungsschein beim Vorsteher des Versorgungsbezirks, Gemeindevorstand Jergang in Kesselsdorf, zur entsprechenden Abänderung vorzulegen.

Weissen, am 15. Mai 1919. Nr. 284 II 1.
Die Amtshauptmannschaft.

Freibank Wilsdruff.

Sonnabend den 17. Mai 1919 vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr Rindfleisch in rohem Zustande. Preis 1.50 Mk. das Pfund. Es werden die gelben Lebensmittelkarten Nr. 936 bis 1736 beliefert.

Einzelgeld sowie Gefäße oder Papier sind mitzubringen.
Wilsdruff, am 16. Mai 1919. Der Stadtrat.

Sonnabend den 17. d. M. mittags 11—1 Uhr

Ausgabe von Spiritusmarken

für sämtliche weißen Ausweise und die roten Ausweise von Nr. 78—270.
Stadtrat Wilsdruff.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 11 Uhr vormittags aufzugeben.

Gegen den Raub der Kolonien.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Kolonialminister Bell erhob im Namen der Regierung den Einspruch gegen den beabsichtigten Raub der deutschen Kolonien.
- Die deutsche Nationalversammlung wird nicht in der Lage sein, das verlassene Reichstagsgebäude vor dem Verfall zu retten.
- Der Oberste polnische Volksrat in Brüssel D.-Schl. ist wegen Hochverrats aufgelöst worden.
- In Ententekreisen wird die Befreiung Schleswig-Vollsteins für die Zeit der Volksabstimmung vorbereitet.
- Der Münchener Spartakistenführer Axelrod wurde in Sanssouci verhaftet und nach Dagein ausgeliefert.
- Kardinal v. Hartmann hat für die Erzbischofskathedrale eine monatliche Gebühre für einen gerechten Frieden angeordnet.
- Im Prozess Liebknecht-Lugenburg wurde der Soldat Runge und Oberleutnant Vogel zu 2 Jahren Gefängnis, Leutnant Piepmann zu sechs Wochen verschärften Stubenarrest verurteilt. Die anderen Angeklagten wurden freigesprochen.
- Eduard Bernstein tritt für eine Einigung der Reichsrevisionisten und der Unabhängigen ein.
- Die österreichische Friedensdelegation ist in Saint Germain unter Führung von Dr. Renner eingetroffen.

Das Urteil von Moabit.

Der Urteilspruch im Prozess Liebknecht-Lugenburg lautete gegen den Haupt Runge auf 2 Jahre Gefängnis, ebenso gegen den Leutnant Vogel. Beide Verurteilten müssen die üblichen Nebenstrafen tragen. Leutnant Piepmann erhielt 6 Wochen verschärften Stubenarrest, die übrigen Angeklagten sind freigesprochen.

In dem Ausgang des Prozesses Liebknecht-Lugenburg, der während sechs Tagen im Gerichtsgebäude zu Berlin-Moabit verhandelt wurde, wird uns aus Berlin geschrieben: Die immer, in bewusster Absicht, von der Ermordung Liebknechts, von der Mordtat an seiner Freundin und Schwangerschaftsgefahrin, der Frau Dr. Lugenburg sprachen, werden von dem Urteil des Kriegsgerichts der Garde-Kavallerie-Schützenbrigade wenig erbaut sein. Sie wären wohl nur durch einige Todesurteile zufriedenzustellen gewesen, denn in ihren Augen hat es kaum jemals in der deutschen Geschichte ein schlimmeres Parteiverbrechen gegeben als diesen Akt von Lynchjustiz, der die spartakistische Bewegung in Deutschland mit einem Schlag ihrer zeitigen Führung beraubte. Wer dagegen heute wie immer an dem Standpunkt festhält, dass in jedem Falle Verleumdung der Person und auch ohne Ansehen der Person Recht gesprochen werden muss, wenn anders wir nicht aufhören wollen ein Kulturvolk zu sein, der wird diesem Kriegsgericht bezeugen, dass es so geurteilt hat, wie es nach dem Ergebnis der eingehenden Beweisaufnahme urteilen musste. In dieser Überzeugung sollten wir uns auch durch keine noch so laute Kritik von links oder von gewissen Kreisen des Auslandes her, das unerbittlich einleitet, irren machen lassen. Eher sollte uns der Stolz auf die abermals bewährte Unparteilichkeit des deutschen Richtersurteils wieder etwas aufrechten können in dem entsetzlichen Unheil dieser Lage.

Wenn wir zurückdenken an den Tag, an dem die Welt erschauert von dem gewaltigen Lärm dieser beiden Führer des Leibes der deutschen Arbeiterklasse die Welt durchschallte, so ging der erste Eindruck wohl ganz allgemein dahin, dass Dr. Liebknecht schließlich, da er sich seiner Unparteilichkeit an dem ausländischen Richter durch die Flucht zu entziehen wollte, die Katastrophe selbst verschuldet habe, während die Erschlagung der Frau Lugenburg, die sich

weder ihrer Festnahme noch ihrer Abführung nach Moabit zu widersetzen versuchte, auch bei schärfsten politischen Gegnern nicht ohne ein Gefühl des Grauens vernommen wurde. Nun ist der Fallbestand, sowie die Behörden ihn im Fall Liebknecht von vornherein angaben, durch die Gerichtsverhandlung als wahr erwiesen, zum mindesten aber nicht widerlegt worden. Natürlich hatten Phantasie, Erfindungslust, Wichtigtuerei ihn im ganzen wie in einzelnen Punkten zu verdunkeln gesucht, und für leichtgläubige Leute, die es ja wohl in allen Parteilagern gibt, war danach sehr bald „erwiesen“, dass hier eine Verheimlichung eines politischen Gegners zur Strafe gebracht habe. Mit allen Mitteln der Propaganda wurde gearbeitet, öffentlich wie im geheimen, um einen Prozess zu Wege zu bringen, wie man ihn brauchte, und schuf so erst eine Atmosphäre des Misstrauens, der Furcht, des Hasses und der Demütigungslust, in der die Dame Justitia nur trauernd ihr Haupt verbüllen konnte. Was hinter allen diesen Treibern in Wahrheit gesteckt hat, das hat die Verhandlung für jeden, der sehen will, völlig einwandfrei ergeben. Abgegeben ist in der Tat nichts weiter als die Geschichte einer Verhaftung, die für den Verhafteten, weil er sich den Folgen seines Verhaltens entziehen wollte, sehr unglücklich ausfiel. Daß der Vertreter der Anklage trotzdem gegen die vier Offiziere des Wachkommandos im Falle Liebknecht die Todesstrafe beantragte, dafür mag er seine besonderen Gründe gehabt haben. Schuldig in diesem Falle war aber, sofern seine juristische Zurechnungsfähigkeit wirklich bejaht werden mußte, der Soldat Runge, von dem die Kolbenschläge gegen Liebknecht geführt worden waren. Darüber hinaus mußten die Angeklagten freigesprochen werden.

Im Gegensatz hierzu konnte der Vorgang bei der Tötung der Frau Lugenburg nicht einwandfrei aufgeklärt werden. Hier bleibt das Empfinden bestehen, daß außer dem Kolbenschläger Runge noch ein zweiter Mann Hand ans Werk gelegt hat. Wie die Dinge lagen, blieb dieser Verdacht an dem Oberleutnant Vogel hängen, und so muß er ins Gefängnis wandern. Wir würden indessen gar nicht überrascht sein, wenn auch in diesem Falle noch hinterher Tatsachen ans Licht kommen, die seine Verantwortung, selbst in dieser verhältnismäßig erträglichen Strafe, als verfehlt erscheinen ließen. Das muß aber natürlich der Zukunft überlassen bleiben.

In die Erregung gegen das Kriegsgericht werden sich, im Lager der Unabhängigen und der Spartakisten, die Angriffe gegen die Regierung mischen, gegen Ebert und Scheidemann, gegen Landsberg und Noske, unter deren Regiment es eine wahre Lust sei zu leben — für Mörder und Nordgeschossen. Unkritische Kreise werden wohl auch in den Lärm mit einstimmen, und an Protesten und Demonstrationen aller Art wird es wohl auch diesmal nicht fehlen. Aber Unrecht kann niemals durch neues Unrecht gestrichen werden, auch dann nicht, wenn es sich um den Tod zweier Menschen handelt, die vielen unter unseren Brüdern und Schwestern teuer waren. Was zur Aufklärung des Falles und zu seiner Wiedergutmachung geschehen konnte, das ist geschehen. Nun ist es, nachdem deutsche Richter gesprochen haben, an der Zeit, über ihn endlich zur Tagesordnung überzugehen.

Aus Versailles.

Wie erst ein richtiger Clemenceau-Frieden ausgesehen hätte!

Für einen Augenblick ist es in Versailles still geworden, da die Entente mit der Prüfung unserer Noten beschäftigt ist. Damit wir aber nicht etwa „übermäßig“ werden, versichert uns die „Victoire“, wir sollten nur ja mit dem gelinden Friedensvertrag zufrieden sein, denn ein richtiger Clemenceau-Frieden hätte noch ganz anders

ausgesehen. Aber Wilson habe bei jedem Punkt gedrückt. Clemenceau hätte zunächst das ganze Werk Bismarcks von Grund auf zerstört, d. h. der Einheit Deutschlands ein Ende gemacht. Das linke Rheinufer wäre ein neutraler Staat geworden unter französischem Protektorat, Ostpreußen wäre zu Polen geschlagen, Frankreich hätte 180 Milliarden Franc Kriegskosten verlangt und bis zur völligen Bezahlung das rheinisch-westfälische Kohlenrevier besetzt, die Brückenköpfe des Rheins wären von Frankreich annektiert worden, um jeden Krieg unmöglich zu machen.

Französischer Kannibalismus.

Der traurige Ruhm der „Victoire“ läßt natürlich auch die Konkurrenz nicht schlafen. Den Höhepunkt erreicht die sozialistische „Vieure“, die die Friedensbedingungen in folgender niedlichen Weise kennzeichnet: „Über zum Teufel, hätten wir euch (die Deutschen) gemeint! nicht lebendig verhängen können? Ihr könnt euch freuen, daß wir euch überhaupt leben lassen, wir könnten euch am Spieß braten, schmoren, rösten, von euch Gebacktes machen.“ — Das wackere Blatt darf beruhigt sein, denn uns kommt es wahrlich jetzt schon genau so vor, wie uns von ihm erst noch in Aussicht gestellt wird.

Englische Stimmen über Scheidemann.

Die Rede Scheidemanns hat in England keine gute Presse gefunden. „Daily Mail“ sagt z. B., Scheidemanns erheuchelter Watscherei über die Friedensbedingungen werde den Alliierten nicht imponieren. Dies gehört einfach zum Feldzug, womit man Trottel beeinflussen zu können glaubt. Der deutsche Premierminister ist dem niedrigsten Verbrecher ähnlich, der von der Anklagebank fälsche und beschlechte Proteste ausstößt, wenn er zur Verstrafung abgeführt wird. Scheidemanns Ausführungen finden aber wohl Widerhall in den „Daily News“ und dem „Daily Herald“. „Daily News“ sagen zunächst, daß Scheidemanns Stellung härter gewesen wäre, wenn seine Partei energischer Stellung genommen hätte gegen den ungerechten Frieden von Brest. Die Sympathie könne jetzt nicht absolut sein für eine Partei, welche das Uebel der Ungerechtigkeit erst entdeckt, wenn er es am eigenen Leibe spürt. Aber derartige Bedenken verringern doch keineswegs das jetzige Uebel der Ungerechtigkeiten an sich und um der Wahrheit von vielen Dingen, die Scheidemann feststellen kann, keinen Abbruch.

Der verunglückte Wilson.

Die Stimmung in den Vereinigten Staaten ist Wilson nicht gerade günstig. Das unparteiische Blatt „Union“ in Nord-Dakota bezeichnet die Bedingungen als eine Verschämung für die Demokratie. Wilson kehrt nicht als großer Mann der Geschichte heim, sondern als ein Verunglückter in persona. Die amerikanischen Freimänner meinen, daß das Abkommen, das die Basis für bleibende Streitigkeiten in Europa legt, die Tür öffnet für imperialistische Gewaltausdehnungen in Ostasien und Afrika und mit Wilsons Prinzip unvereinbar ist, und daß Amerika verdrängt wäre, wenn es sich als Bürge für einen derartigen Frieden dem Völkerbund anschließte. Offenbar hat Wilson mehr geredet als gedacht, und Männer wie Clemenceau, die genau wußten, was sie wollten, haben ihn besiegt und beiseite geschoben.

Clemenceau lehnt die Arbeiterkonferenz ab!

Clemenceau hat der deutschen Delegation in Versailles die Antwort der Entente auf die deutsche Note über das internationale Arbeitsrecht überreichen lassen. Die Antwort bedient sich sehr vorachtiger Worte, um die Stimmung der Arbeiterklasse, die der Entente heute am Herzen liegt, zu schonen, aber sie bedeutet doch eine vorläufige Ablehnung nicht bloß des deutschen Vorschlages,

sondern auch der wirklichen Forderungen der Weltarbeiterschaft, die von der Berner Konferenz formuliert worden sind und auf Antrag der deutschen Gewerkschaften in den deutschen Vorschlag übernommen wurden. Vor allen Dingen wird die geforderte Einberufung einer Arbeiter-Friedenskonferenz parallel und gleichzeitig mit der Diplomatenkonferenz in Versailles abgelehnt.

Immer neue Massenkundgebungen.

Bekanntnis zum Reiche in der Gefahr.
Der Sturm der Entrüstung, den der Verfall der Friedensentwürfe in ganz Deutschland entfacht hat, ebbt nicht ab. Im Gegenteil immer höher schwellen die Wogen an, immer lauter wird der Ruf nach Gerechtigkeit, immer energischer wird die Forderung eines menschlichen Friedens. Das Reich ist aus der dumpfen Gleichgültigkeit, in die es seit den Herbsttagen 1918 unrettbar verfallen ist, wie mit einem Ruck erwacht. Aus Nord und Süd, aus Ost und West schallt es durch die Welt: Wir wollen einen Frieden, der uns das Leben, die Zukunft und die Ehre läßt.

Reichspräsident Ebert über die Offrage.

Die Ostpreußen-Deputation in Berlin.
Eine Deputation aus dem Nordosten Ostpreußens, dem Gebiet von Memel, dessen Abtretung die Entente verlangt, wurde vom Reichspräsidenten empfangen. Sie legte dar, daß das fragliche Gebiet zu 90% deutsch sei und über 600 Jahre zu Deutschland gehöre. Die Bevölkerung sei bis zum äußersten entschlossen, an ihrem Vaterlande festzuhalten. Reichspräsident Ebert drückte seine Freude über diese Bestimmung der ostpreußischen Bevölkerung aus und erklärte, daß die Regierung den Friedensbedingungen in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen könne und werde, es wird alles getan, um die Loslösung des Gebietes bezüglich Memels nicht verwirklichen zu lassen. Die Reichsregierung werde den Volksgenossen im Osten Treue mit Treue vergelten.

Roske über die Friedensbedingungen.

Wie aus New York gemeldet wird, hatte der Vertreter der „New York Sun“ eine Unterredung mit dem Reichswehrminister Roske. Dieser erklärte, daß die Beschränkung der deutschen Armee Deutschland der Anarchie überliefern würde. Roske beschuldigte den Präsidenten Wilson des Betrugens. Er hat den amerikanischen Offizieren in die Armeekassette Einsicht gegeben und die Offiziere waren mit ihm einig, daß Deutschland eine größere Armee nötig habe, um anarchoide Unruhen niederkämpfen zu können. Jetzt, wo der Friedensvertrag publiziert sei, ergebe sich, daß die Stärke der deutschen Armee auf dem Niveau von ein Drittel der Anzahl festgesetzt ist, die die amerikanischen Offiziere als genügend bezeichneten. Wie der amerikanische Korrespondent weiter erklärt, wurde kein Mann zu finden sein, der den Vertrag in seiner heutigen Fassung unterzeichnen würde.

Die besetzten Gebiete dürfen nicht protestieren.

Die alliierten Militärbefehlshaber haben im besetzten Gebiet Versammlungen, die gegen die Friedensbedingungen protestieren wollten, streng verboten. Gegen die Saathaber, die ihre Räume für diese Zwecke zur Verfügung stellen wollten, werden militärische Zwangsmaßnahmen ergriffen, so in Wiesbaden, Mainz, Aachen und Trier.

Öffentliche Gebete für einen gerechten Frieden.

In einem Hirtenbriefe, den Kardinal v. Hartmann, Erzbischof von Köln, an seine Erzbischöfe richtet, heißt es u. a.: Wir haben keine menschliche Mittel, um diese Friedensbedingungen zu mildern. Unsere einzige Hilfe ist der Gott der Liebe, des Friedens und der Gerechtigkeit. Zu ihm wollen wir unsere Zuflucht nehmen. Darum soll am nächsten Sonntag, den 18. d. Mts., in allen Pfarr-, Rektorat- und Klosterkirchen der Erzdiozese ein 15 stündiges Gebet vor dem ausgelebten Allerheiligsten Sakramente stattfinden. Da wollen wir aus der Tiefe unserer Not zu dem allmächtigen Gott flehen, wir wollen ihn demütig um Verzeihung bitten für alles, was wir je gefehlt haben, wir wollen ihn bitten, daß er gedulde all des Leid's, das über uns gekommen, all der Opfer, die wir gebracht, all der Gebete, die wir zu ihm emporgesandt haben. Möge die hochgebenedeite Mutter des Herrn unter Flehen durch ihre mächtige Fürbitte am Throne Gottes unterstützen. Zu dem Ende ist in gedachten Kirchen vom 23. bis zum 31. Mai eine neuntägige Andacht zur Königin des

Friedens abzuhalten, bei der der h. Hostien mit der Laurentianischen Altäre vor dem ausgelebten Allerheiligsten Sakramente vorgebetet und zum Schluß der sakramentale Segen erteilt werden soll.

Schleswig unter englischen Kanonen.

Volksabstimmung mit Bajonetten.

Paris, 15. Mai.

Der Rat der Minister der Auswärtigen beschäftigte sich u. a. mit der Frage der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung während der Abhaltung der Volksabstimmung in Schleswig. Die Marineabteilungen haben den Plan entworfen, gemilderte Streitkräfte, bestehend aus Franzosen, Engländern und Amerikanern, sowie einige Kriegsschiffe nach Flensburg zu senden. Ferner wurde der Antrag gestellt, 3 bis 4 Bataillone Infanterie zu schicken, die die Ordnung im Lande aufrechterhalten sollen. Außerdem beschloß der Rat, zu veranlassen, daß die noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen sofort zurückgeschickt werden. Es wurde über die Transportfrage dieser Gefangenen beraten, jedoch noch kein endgültiges Ergebnis erzielt.

Hochverrat in Oberschlesien.

Truppenabteilungen an die gefährdete Grenze. — Katowitz, 15. Mai.

Laut Bekanntmachung des Kommandierenden Generals des 6. A. R. wird der Oberste polnische Volkerrat in Westfalen D.-S. auf Grund des Belagerungszustandes aufgelöst.

Die völkheckerischen und unehren „Bekanntmachungen“ des Justizrats Czajka, des Führers der dortigen Polen, haben in die Bevölkerung eine derartige Unruhe getragen, daß die Behörden gezwungen sind, diesem gemeingefährlichen Treiben ein Ende zu machen. Außerdem sind direkte Spuren von Hochverrat.

Um bei einem bevorstehenden polnischen Angriff die Grenze zu halten, sind erhebliche militärische Verstärkungen teils schon eingetroffen, teils unterwegs.

Gegen den Raub der Kolonien.

Erklärung der Regierung.

K. Berlin, 15. Mai.

Eine den großen Saal der hiesigen Börse bis auf den letzten Platz füllende Menge hatte sich heute abend zum Zusammenkommen, um gegen die im Friedensentwurf der Entente geplante Abtreibung der deutschen Kolonien vom Mutterlande Protest einzulegen. Das Wort nahm alsbald im Namen der Regierung

Kolonialminister Vell:

Der Redner unterrichtete zunächst noch einmal die zu erwartende Antwort der Regierung auf dieses Friedensangebot, die nur lauten könne:

Unverträglich, unerfüllbar, unannehmbar!

Wer menschliches Ansehen und Rechtsempfinden noch nicht als unnützes Ballast weggeworfen hat, der muß den Glauben an die Menschheit verlieren, wenn er die Art und Form beobachtet, mit der wir zur Unterzeichnung dieses unehrenhaften und Selbstverleumdung bedeutenden Vertrages gezwungen werden sollen. Der Krieg mit allen seinen Schrecken soll fortgesetzt werden. In dieser schweren und verantwortungsvollen Schicksalsstunde weiß das deutsche Volk, daß nur geschlossene Einigkeit, Konzentration und zielbewusste Arbeit zur Rettung des Vaterlandes führen können. Noch im letzten Augenblick richtet sich unser Appell an das Weltgewissen. Klar und unanfechtbar ist die Rechtslage festgelegt durch die zwischen uns und der Entente auf Grund des Rotenmeißels am 11. November 1918 geschlossenen Waffenstillstandsverhandlungen. Danach sind als Grundlage für den Frieden lediglich die 14 Punkte Wilsons und seine späteren Kundgebungen ausdrücklich vereinbart. Demgemäß werden wir nach gründlicher Durchsicht unserer Gegenvorschläge auf Grund dieses vereinbarten Wilsonsprogramms der Entente überreichen. Das gilt, wie allen übrigen in Betracht kommenden Friedensfragen, so namentlich auch von den

Kolonialangelegenheiten.

Dieser ist, wie allgemein bekannt, der Punkt 5 der Kongressbestimmungen des Präsidenten Wilson maßgebend, wonach eine weltberühmte, aufrichtige und unbedingt unparteiliche Schlichtung aller kolonialen Ansprüche erfolgen soll, die auf einer strikten Beobachtung des Grundprinzips beruht, daß bei der Festlegung aller derartigen Souveränitätsfragen die Interessen der be-

troffenen Bevölkerung ein gleich großes Gewicht haben müssen, wie die billigen Ansprüche der Regierung, deren Verzicht festgesetzt werden sollen. Entgegen diesem klaren Rechtsstandpunkt verweigert man sich, was gefordert wird: Rückkauf des Gebietes auf alle überseeischen Besitzungen samt allem Staatseigentum ohne Entschädigung, ohne Übernahme der Schulden, Liquidierung des Privateigentums der Deutschen usw. Die vereinbart sich der Umstand, daß dem geplanten Raub unseres gesamten Kolonialbesitzes schon jetzt die Verteilung der Beute unter die kolonialinteressierten Sieger erfolgen soll, mit den ungewissen Sätzen des vereinbarten Wilsonsprogramms: „Es soll weder Amerikanern noch Entschädigungen oder strafwachen Schadenersatz geben.“

Mit vollem Nachdruck muß ich aber auch in dieser Versammlung Verwahrung einlegen gegen den ungerechten und lediglich auf einseitige Vorteilsdengungen interessierter Kolonialmächte gegründeten Vorwurf, daß wir durch unsere Eingeborenenpolitik den Anspruch auf Mitwirkung zur Kolonisation und Zivilisation verweigert hätten und daher durch fortschrittliche Nationen ersetzt werden müßten.

Der Minister führt dann im einzelnen die zahlreichen Gründe an, die Deutschland Anspruch auf Wiederherstellung eines seiner Größe, Bevölkerungszahl und Leistungsfähigkeit entsprechenden Kolonialbesitzes geben. Danach erkennen wir an, mit welcher Einmütigkeit die neutrale Presse dieses Gewaltfriedens ablehnt.

Ausbeutung der verzweifelten Notlage

eines durch Not und Ausbeutung zum Erliegen gebrachten Volks verurteilt und namentlich auch den Kolonialraub als einen eben so ungerechten wie unehrenhaften Raub entgegnet. Greulicherweise scheinen aber auch in den Ententestaaten, besonders in den Arbeiterkreisen die Stimmen derer sich zu hören, die vor den verhängnisvollen Folgen eines solchen Gewaltfriedens warnen und einen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit das Wort reden. Liegen wir auch, Gott sei's gefügt, machtlos am Boden, so mögen doch Freund und Feind sich vor Augen halten, daß neben uns, aus tausend Bänden blühend, das zu Boden gesunkene Recht liegt. Nur aber schließlich das Recht wieder aufleben und überleben, so wird es auch uns zum Aufwärtsweg werden.

Der koloniale Gedanke im deutschen Volk

läßt sich nicht erlöten, ihn kann uns kein Teufel tauben. Dieser koloniale Gedanke bleibt das heilige Erbe der Väter des Reichskolonialraubs und des in schwerster Stunde an seine Spitze gestellten Leiters an das deutsche Volk. Wenn wir eingedenk bleiben dessen, was wir schuldig sind den Vorfahren unserer Kolonialpolitik und dem Feinde, die bis zum Tode getreu für Kolonie und Heimat stritten und litten, dann werden wir allen Gewalt zum Trotz und erhalten und unsern Vätern an Deutschlands koloniale Zukunft.

Nachdem der Beifall, der dieser Rede folgte, die Frage vom nationalen, politischen, ethischen, wirtschaftlichen und finanziellen Standpunkt. Die Versammlung nahm dann eine Entschließung an, die kolonialen Rechte Deutschlands mit allen möglichen Mitteln zu wahren und dem Vernichtungswillen der Gegner auch in diesem Falle das selbe „Unannehmbar“ entgegenzusetzen.

Was man uns nehmen will.

Einige Zahlen zum Friedensentwurf.
Die deutsche Überlegung des Friedensentwurfes nimmt nunmehr — in vorläufiger Fassung — im Druck vor. Auf 192 Seiten Groß-Quart-format vermag jeder Deutsche in allen Einzelheiten das Urteil zu fällen, das mit nicht allüberbietender Spitzfindigkeit unsere Feinde über uns verhängt haben. Und je mehr man sich in diesen Friedensentwurf vertieft, je deutlicher tritt die ganze Größe des geplanten Raubes in Erscheinung. Hund sieben Millionen deutsche Menschen wohnen in den Gebieten, die wir abtreten sollen. Ihr Verlust ist angesichts der Verminderung unserer Bevölkerungszahl durch den Krieg und durch die feindliche Hungerblöde in Biffen kaum auszurechnen; denn letzten Endes ist das einzige Kapital, über das wir gegenwärtig noch verfügen, die Arbeitskraft der Bevölkerung.

Der letzte Vertragsentwurf macht es uns aber unmöglich, das auf den Trümmern des verlorenen Krieges verbliebene Menschenmaterial in Kapitalwerte umzuwandeln, d. h. es Arbeit schaffen zu lassen; denn durch die Überlieferung unserer Kolonien und unserer Flotte und durch den geforderten Verzicht auf alle unsere Gerechtigkeiten übersee werden weit über 10 Millionen Menschen einlos gemacht. Doch damit nicht genug; die Abtretung der von der Entente bezeichneten Gebiete in West und Ost wie in der Nordmark macht durch den Rohstoffverlust — an Kalk und Eisen — weitere Millionen arbeitslos und durch Verlust der fruchtbaren Gegenden Westpreußens

Und indem ihre Augen das strenge, energische Gesicht des Norwegers grünten, der ihn gegenüber saß, dachte sie weiter:

„Ich will ihn darum bitten, aber jetzt noch nicht.“

Dann, wenn es keinen andern Ausweg mehr gibt.“

Und sie hörte nur mit halbem Ohr den Bericht der Prinzen zu, der sehr begeistert die Fortschritte ihrer Arbeiten rühmte, die jetzt schon zu konstatieren seien. Der heutige Tag hätte wichtige Errungenschaften zeitigt, und er hätte sie bedauert, daß er die Gegenwart der schönsten Frau, die er kenne, so lange hätte entbehren müssen.

Eske Sörnsen entging kein Wort von dem, was der Prinz sagte. Aber er sah beharrlich auf seine großen Nagelschuhe mit den Widelgamaschen, ohne auch nur mit einem Blick die junge Frau und den Prinzen zu streifen.

Christabel aber hämmerte das Herz in der Brust während der „Fog“ mit ihnen über die Wellen flog.

Einzelne treibende Eisschollen legten sich bisweilen vor den Bug. Ein kurzes Anziehen der Schraube, und krachend stürzte der schimmernde Feind zusammen. Christabel starrte immer wieder über die Farbenpracht des Eises. Selbst rot, tiefviolett, bis zum dunkelsten Schwarz türmte es sich zu phantastischen Gestalten und segelte ungebärdigt über das Wasser. Und überall das große, heilige Schweigen.

Heute nahm Christabel nicht an dem allgemeinen Abendessen in der Messe teil. Sie sehnte sich danach allein zu sein.

Ehe sie aber zur Ruhe ging, begab sie sich noch einmal in Mauds Koje. Sie fühlte sich für die Kleipe gewissermaßen verantwortlich. Als sie die Tür öffnete, fand sie die Koje leer.

Stauend nahm Christabel die Anordnung wahr, die überall herrschte. Mauds wenige Habseligkeiten und Wäsche knüllten sich im wüsten Durcheinander auf Bett und Fußboden. Nur an dem kleinen Spiegel über dem Waschbassin da steckte — Christabel verlagte fast der Atem — ein Bild. Es war das gleiche Bild, das er ihr zu ihrer Danklobung geschenkt.

(Fortsetzung folgt.)

21) Die Polarhexe.

Roman aus Spitzbergen. Von Anny Wothe.

Nachdruck verboten. Copyright 1915 by Anny Wothe, Leipzig.

Gleichsam, als wolle er sich vergewissern, daß ihn niemand hörte, schaute er dann langsam und sagte langsam und eindringlich: „Noch andere Gefahren als Schnee, Nacht und Eis umlauern Sie hier, gnädige Frau. Glauben Sie mir, es tut nicht gut, als einziges Weib mit so vielen Männern für Jahr und Tag zu ausschließlicher Gemeinschaft verurteilt zu sein.“

Ein erstaunter, kühl abweisender Blick traf den Sprecher. Erik de Vold aber sprach unbeirrt weiter: „Sie laufen Gefahr, gnädige Frau, Wünsche und Gefühle wachzurufen, wenn auch ganz nach Ihrem Willen, die Ihnen nicht nur Unleidlichkeiten, sondern weit Schlimmeres schaffen können. Wenn ich auch überzeugt bin, daß Ihnen keiner der Herren unserer Expedition zu nahe treten wird, solange er Herr seiner selbst, so weiß ich doch nicht, wie es für Sie werden soll, wenn der eine oder andere vielleicht lichterloh in Flammen steht.“

Jetzt lacht Christabel so hell und lustig, daß Nils und Eske Sörnsen sich gleichzeitig nach ihr umwandten.

„Liebster Doktor! Sie sind wirklich komisch. Hier in dem arktischen Klima wird den Männern das „lichter lodern“ schon gründlich vergehen, dessen bin ich sicher. Sollte es aber doch dem einen oder anderen passieren, so wird er doch genügend Achtung vor mir und sich selber haben, um dieses Gefühl fest in sich zu verschließen.“

Sie sah nicht den langen, sehnächtigen Blick des Arztes, der sie umfing. Christabel sprach ruhig weiter: „Die sogenannte Liebe, bester Doktor, ist erfahrungsgemäß ein vorübergehender Zustand. Sie kommt und geht wie Frühlingregen im April. — Früher oder später — je nach Veranlagung des einzelnen.“

„Aber bei manchen ist sie ewig, gnädige Frau,“ kam es langsam von den Lippen des Arztes, und als Christabel

jetzt in seine hellen Augen sah, da machte ihr Herz plötzlich ein paar heiße, angstvolle Schläge.

Aber gleich darauf lächelte sie schon wieder.

„Nein, Doktor, das sind törichte Träume. Wie alles Leid, wie jeder Schmerz sich wandelt, so wandelt sich auch die Liebe. Ich fürchte ihre Gefahren nicht.“

„Aber die Leidenschaft!“ — gab er fast hastig zurück.

Doch er verstummte, denn soeben kam der „Fog“ in Sicht, der klargemacht wurde, während der Prinz Harald dabei stand und seine Mäße den Näherkommen entgegen schwenkte.

Christabel erwiderte den Gruß, dann aber sagte sie zu Erik de Vold:

„Sie vergessen den Schutz meines Mannes und daß ich übrigens den besten Schutz in mir selber trage.“

Eine jähle Rote trat in das braune Gesicht Eriks.

„Ich wollte Ihnen nicht zu nahe treten, gnädige Frau. Vergessen Sie, was ich gesagt.“

Aber Christabel vergaß es nicht.

Als der Prinz ihr jetzt so inbrünstig die Hand küßte, als wären sie tagelang getrennt gewesen — wie sie in seine brennenden Augen sah, da zitterte plötzlich ihr Herz von der Flamme, die ihr daraus entgegenschlug.

Sie zürnte Erik de Vold, daß er einen Gedanken gewagt, der ihr bisher gar nicht in den Sinn kam. Nur die Worte des Schiffszurges waren daran schuld, daß sie zum ersten Male dem Prinzen innerlich unsicher gegenübertrat. Es fehlte gerade noch, daß zu allen ihren Herzenswirren noch neue hinzukämen.

Einen Augenblick dachte sie daran, ihren Mann zu bitten, dem Prinzen einen Wink zu geben, daß er ihr weniger Aufmerksamkeit schenkte. Aber gleich wieder verwarf sie ihre Absicht.

Wenn sie auch Nils als ihren besten Freund erachte, so war sie doch im Zweifel, ob es das Rechte sei, ihn gegen den Prinzen, dem er so eng verbunden war, anzubieten. Und während das Boot sie über die blaugrünen Wellen trug, fiel ihr plötzlich ein: Nein, Eske Sörnsen mußte es dem Prinzen sagen — er war viel unpersönlicher.

Volens in die Gräber nicht gar waren fest bedürftig des Reiches an Roggen in Süden landwirtschaftlichen anzuweisen 25%, wo werden 10 nährungsweise. Das wird aus Berücksichtigung ist zunächst möglichen Bestenfalls erzwungen werden können. Lommen lands, die einnahm, istigt. Gezielten können 174 Mill. reuigung des Saan fürlich a heulend i und die K Markt jäh welches E. Es a Bodentim Die deut worden i von 770 a Kleinholz können 20 bleibt 000 (180 000 a deren Ertr deutsche K Kologram reich in deutschen Und man deut schlägt, i politisches löstestien Industriellen kieren k lager Ober geschäft. Lommen a von 1910 geizanten deutschen Welche a Kaufung laufende gelamte S hat man gemacht, i geschäft, i Namierle. Die samkeit k Kollas an

+ Bö Stelle w unter B zur Entsch daß in S einen B gearbeitet: der Boden daß keine lauat fei boran der aufzurufe übergens ist, an eines B Hoffes, - abhängige + Z eine beu ungeheur kümmerliche Reiz veru Behandlu können. Mitglieder Jungen e Sobenkol Gausmin + Da Verwaltung nicht dan ihre Sit Ekt für der Beag nennen vorausfi werden. das Ver lter nur + Eit Gewalt Landtag des Tut die Pleit Sonderl

Das Dre ebanue Abino lediqui new Gebund lobend abhaben

Nah und Fern.

O Neue Reisefrotmarken. Reisefrotmarken neuen Modells kommen jetzt zur Versendung. Die bisherigen Reisefrotmarken bleiben daneben noch bis zum 30. Juni einschließlich in Geltung und werden bis zu diesem Tage gegen neue Marken umgetauscht. Ein Umtausch nach diesem Termin findet nur statt, wenn der Verbraucher durch einen Lebensmittelkartenabmeldechein oder sonstigen Ausweis nachweist, daß er über den 30. Juni hinaus mit Reisefrotmarken statt mit drücklichen Frotkarten versehen ist. Vom 1. Juli ab gelten nur noch die Reisefrotmarken neuen Modells.

O Der Möbelwagen eines Staatssekretärs ausgeraubt. Der Möbelwagen des Staatssekretärs des Reichsmarineamts a. D. Vizeadmiral v. Mann wurde auf der Fahrt von München nach Reichshall erproben und völlig ausgeraubt.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Siegeszug der alliierten Armee durch Paris.

Amsterdam, 16. Mai. (tu.) Nach Reuters wird gemeldet: Ob der Friede unterzeichnet wird oder nicht, am 6. Juni soll ein Siegeszug der alliierten Armeen durch Paris stattfinden.

Wilson verlangt von Foch Maßnahmen bei Nichtunterzeichnung der Friedensbedingungen.

Amsterdam, 16. Mai. (tu.) Aus Paris wird nach dem Hauptquartier der Rheinarmee zurückgekehrt, hatte er eine lange Konferenz mit dem Rat der Drei. Wilson ersuchte ihn, alle Maßnahmen zu treffen, welche notwendig sein sollten im Falle, daß Deutschland die Friedensbedingungen nicht unterzeichne.

Fertigstellung des Entwurfs der türkischen Friedensbedingungen.

Amsterdam, 16. Mai. (tu.) Aus Versailles wird gemeldet, daß der Entwurf für die türkischen Friedensbedingungen fertiggestellt ist. Bisher verlautet daraus, daß Konstantinopel eine freie Stadt unter der Oberhoheit des Völkerbundes werden soll.

Eine Riesenkundgebung in Berlin.

Berlin, 16. Mai. (tu.) Nach einer Riesenkundgebung unter freiem Himmel, wie sie Berlin noch nicht gesehen hat, die Teilnehmerzahl wird auf 200.000 geschätzt, begab sich eine Deputation zum Ministerpräsidenten Scheidemann und zum Reichspräsidenten Ebert, die in eindringlichen Erklärungen versicherten, daß alles geschehen werde, um die bedrohten Grenzmarken zu retten und ersteigliche Wirtschaftsbedingungen zu erlangen.

Entscheidung über den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund.

Zürich, 16. Mai. (tu.) Der Bundesrat wird zu der Entscheidung der Frage des Eintrittes der Schweiz in den Völkerbund auf den 1. Juli oder Anfang August eine außerordentliche Tagung der Bundesversammlung einberufen.

Haftung des Kaisers für die Vergehen seiner Untergebenen.

Genf, 16. Mai. (tu.) Journal meldet, daß der Kaiser weber für den Kriegsausbruch noch für die Verletzung der belgischen Neutralität, sondern für 32 von seinen Untergebenen begangene Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden wird. Der Friedensvertrag mit Österreich wird die gleiche diesbezügliche Anordnung haben wie jener mit dem deutschen Reich.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruffen für die Stadt nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, 16. Mai 1919.

Öffentliche gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten

Donnerstag den 15. Mai, nachm. 1/2 6 Uhr.

Anwesend Herr Bürgermeister Rünzel und sämtliche Herren Stadträte und Stadtverordnete bis auf Herrn Jähne.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Herr Bürgermeister Rünzel Gelegenheit, die von Nationalhaß und Rachsucht unserer Feinde diktierten Friedensbedingungen zu streifen. Sie sind so ungeheuerlich, so führte er u. a. aus, daß die Aufgaben und Sorgen in unserer eigenen Stadt als belanglos zurücktreten müssen. Das deutsche Volk hat im 5. Kriegsjahre die Waffen niedergelegt und die Hand zum Frieden geboten zu Bedingungen, die auf Wilsons Programm ruhten, von dem man annehmen konnte, daß es zur Völkerveröhnung führen würde. Darin haben wir uns gründlich getäuscht, denn die Bedingungen beweisen, daß die feindlichen Mächte gar nicht an einen Rechtsfrieden gedacht haben. Vielmehr soll unser Land zerstückelt und in Ohnmacht versinken, der Wohlstand vernichtet werden. Hunderttausende deutscher Söhne weiter in Gefangenschaft schmachten. Man fordert höhnisch und große Mengen Milchvieh und überantwortet damit tausend und abertausend Säuglinge dem Siechtum und dem Hungertode. Unser ganzes Volk soll entrecht, geknechtet und gedemütigt werden, und wie der Sturm der Entrüstung darüber durch das ganze Land geht, so protestieren auch wir in unserer Versammlung gegen das traurige Gebilde dieses Nachfriedens. Zum Zeichen des Einverständnisses hatten sich sämtliche Herren von den Bläßen erhoben.

Zur Verhandlung stand alsdann die Abänderung des Elektrizitätslieferungsvertrags mit dem Elektrizitätswerk Deuben, der im Jahre 1916 geschlossen worden ist. Die zur Zeit des Abschlusses nicht vorherzusehende kolossale Steigerung der Kohlen- und Betriebsmaterialienpreise, der Löhne usw. sind nach einer Verordnung des Ministeriums vom 1. Februar d. J. Grund für die Annullierung des Vertrags. Ein vorgelegter Nachtrag, der den Strompreis neu festlegt und sich je nach den Preisen der Burgler Feinkohle richtet, wurde, nachdem die Herren Bürgermeister Rünzel und Stadtrat Schlichenmaier für die Annahme gesprochen hatten, da auch im Verhandlungswege eine Ermäßigung nicht hatte erreicht werden können, von beiden Kollegien einstimmig angenommen. Die Anschlussarbeiten sollen nun in den nächsten Tagen beginnen und so gefördert werden, daß spätestens am 15. September die

Stromlieferung beginnen kann. Die von Herrn Sinemus angeknüpfte Frage der Beibehaltung von Gleichstrom, oder ob es nicht vorteilhafter sei, Drehstrom zu verwenden, findet nach den Worten des Herrn Bürgermeister an den beteiligten Stellen reichliche Erwägung, dürfte aber in den nächsten Monaten kaum spruchreif werden. — Ein Besuch der Eisenbahn, um Abgabe von Strom zur Treppenbeleuchtung im Beamtenhaus zu demselben Preise wie sie ihn zur Beleuchtung des Bahnhofs bezieht, fand einstimmige Ablehnung, vielmehr wurde ein Antrag Schlichenmaier gutgeheißen, mit Berufung auf die Verordnung vom 1. Februar d. J. eine Revision des Vertrages dahin zu erstreben, daß auch die Bahnverwaltung für die Beleuchtung von Bahnhof und Haltepunkt einen erhöhten Verhältnispreis bezahlt. — Die Zinsen der König-Albert-Stiftung wurden nach den Stiftungsbestimmungen an befähigte, würdige und bedürftige Handwerkslehrlinge und Söhne hiesiger Bürger zum Zwecke ihrer Weiterausbildung verteilt. Es wurden bedacht mit je 200 Mark Porzellanmalerei-Lehrling Felix Bruno Funk, Schneidergehilfe Friedrich Gustav Heinicke, Schneidergehilfe Kurt Preußner und Feiseurhilfe Rudolf Magnus Weise. — Zu einer allgemeinen Haus- und Straßensammlung zum Besten der in die Heimat zurückkehrenden Kriegsgefangenen gab man Zustimmung und bewilligte die Abrundung des Ergebnisses nach oben mit mindestens 100 Mark aus dem Stadtsäckel. — Herr Lohner beschwerte sich vor Schluß der Sitzung noch über die langsame Behandlung der eingereichten Baugesuche durch den Bauamtsverwalter und forderte im Interesse der Wohnungsbeschaffung in dieser Beziehung Abhilfe durch den Stadtrat.

„Für Völkerveröhnung, gegen Gewaltfrieden“ sprach Donnerstagabend in einer zum Einspruch gegen die schmachvollen Friedensbedingungen einberufenen Versammlung der Abgeordnete Rahmann. In glühenden, ergreifenden Worten zeigte er die furchtbaren Folgen der auch nach dem Waffenstillstand aufrechterhaltenen Hungerperre. Die Öffnung des neuen Deutschland auf demokratischer Grundlage, daß Wilson der Führer zu einer neuen großen Weltdemokratie sei, ist vernichtet. 100 Abschnitte des Vertrages beginnen allein mit den Worten: „Das Deutsche Reich verzichtet...“ Dieser Vertrag bedeutet nicht allein Lösung der Freiheit des deutschen Volkes, sondern aller Völker zugunsten des internationalen Selbstbesitzes. 20 bis 25 Millionen deutscher Volksglieder müßten an das Ausland abgegeben werden, um dort als Ausgestoßene der Gesellschaft Fremden für fremde Unterdrücker zu leisten, wenn diese wahnwitzigen Geldforderungen, Gebietsabtretungen, Abgaben an Kohle und Vieh durchgeführt würden. Die Worte des Redners hinterließen einen tiefen, nachhaltigen Eindruck; die Versammlung erhob sich zum Zeichen des Einspruchs von den Bläßen.

Eine recht unangenehme Erfahrung mußten in den letzten Tagen verschiedene unserer Einwohner machen, die früh 6.31 Uhr mit dem Zuge nach Dresden fahren wollten. Das Dampfzug war natürlich schon über alle Berge, da seit 1. Mai die Abfahrtszeit auf 6.25 Uhr festgesetzt, aber nicht besonders bekannt gemacht worden ist.

Die Ergebnisse der Viehzählung, die in diesem März im Deutschen Reich stattgefunden hat, werden jetzt veröffentlicht. Sie sind, wie zu erwarten war, ziemlich unerfreulich. Die Zahl der Pferde in Privatbesitz hat sich allerdings gegen das Frühjahr des vorigen Jahres etwas gehoben. Man zählt jetzt rund 3,7 Millionen gegen 3,3 Millionen im Frühjahr 1918. Aber diese scheinbare Vermehrung ist nur darauf zurückzuführen, daß Tiere, die bisher militärischen Zwecken gedient haben, nunmehr in Privatbesitz übergegangen sind und u. a. der Landwirtschaft dienstbar gemacht werden. Das Rindvieh hat abgenommen. Wir haben jetzt 16,6 Millionen gegen 19,4 Millionen im vergangenen Frühjahr, und 21,4 Millionen im Frühjahr 1917, und zwar erstreckt sich die Abnahme auf alle Sorten, Kühe, Jungochsen, Stiere, Ossen und Kühe. Die Zahl der Schafe ist ungefähr die gleiche geblieben. Sie betrug in allen die Jahren etwa 6 Millionen. Etwas zugenommen haben die Schweine. Wir haben jetzt 7,2 Millionen gegen 6,7 Millionen im vorigen Jahre, aber diese Zunahme will nicht viel besagen, wenn man bedenkt, daß am 1. März 1917 noch 19 Millionen gezählt wurden. Die Ziegen sind von 4 Millionen auf 3,7 Millionen zurückgegangen, das Federvieh (Gänse, Enten und Gänse) ist gefallen von 52 Millionen auf 44 Millionen, und die Kaninchen von 8,5 Millionen auf 6 Millionen. Die viehbesitzenden Haushaltungen betragen im Jahre 1917 etwa 5,8 Millionen; sie hoben sich im Jahre 1918 auf 6,8 Millionen und sind jetzt wieder auf rund 6 Millionen zurückgegangen. Erfichtlich ist eine große Zahl von Privatbesitzern, die in der Not der Kriegszeit sich Ziegen, Kaninchen, Gänse zugelegt hatten, davon wieder abgegangen. Es mag die Aussicht und die Hoffnung, daß mit dem kommenden Frieden die Ernährungsverhältnisse sich wieder bessern werden, dabei mitgesprochen haben.

Entfernung des Religionsunterrichts aus der Volksschule. Hunderte von Protestkundgebungen stark besuchter Gemeindeversammlungen aus allen Teilen des Landes gegen die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Volksschule, wie sie die Volkstammer plant, laufen zurzeit bei dem Sächsischen Kultusministerium ein. Die Kundgebungen, an denen sich auch zahlreiche sozialdemokratische Eltern beteiligen, betonen vielfach, wie verhängnisvoll es sei, gerade gegenwärtig angesichts des nationalen Elends die sittlich-religiösen Grundlagen der Volkskultur anzugreifen und die sächsischen Belegschaften in einen Gegensatz zur Reichsverfassung, die bekanntlich den Religionsunterricht erhalten will, zu setzen.

Tarifverträge in der Landwirtschaft. Der Abschluß von Tarifverträgen steht bekanntlich nach der Reichsverordnung vom 10. Dezember v. J. Organisationen auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Seite voraus. Die Arbeitgeber-Organisationen sind bereits für alle Zweige der Landwirtschaft durch den Landeslandwirtschaftsverband oder die Landwirtschaftlichen Kreisvereine gegründet. Arbeitnehmerverbände dagegen bestehen in Sachsen zurzeit noch nicht mit Ausnahme der Gärtnerverbände, der Weinbergs- und Forstwirtschaftsarbeiter und des Deutschen Schweinebundes. Mit diesen sind bereits Tarifabkommen getroffen worden. Die Organisation der noch fehlenden landwirtschaftlichen Arbeitszweige ist im Gange und zwar sowohl durch den Deutschen Landarbeitersbund als auch durch die christlichen

Polens und Schlesiens wird zugleich für viele Millionen die Ernährungsmöglichkeit aufs äußerste bedrängt, wenn nicht gar völlig aufgehoben. Polen und Westpreußen waren seit jeher Überschussbezirke. Während nämlich die Bevölkerung beider Provinzen 6 % der Gesamtbevölkerung des Reiches beträgt, lieferten durchschnittlich ihre Ernten: des Roggens 18 %, an Kartoffeln 16 %, an Weizen 7,5 %, an Hülsenfrüchten 20 %. Wenn man den Ausfall aller landwirtschaftlichen Produkte aus den abzutretenden Gebieten zusammennimmt, so ergibt sich die Zahl von etwa 15 %, während etwa 9 % der Bevölkerung abgetreten werden soll. Schon daraus ergibt sich, welche neuen Ernährungschwierigkeiten über den Reichsteil hereinbrechen müßten.

Was man uns an wirtschaftlichem Verzicht ansinnt, wird aus folgender Zusammenstellung klar, die auf die Verhältnisse im Wirtschaftsjahr 1913/14 Bezug nimmt. Da ist zunächst das Saarrevier (mit rund 600.000 Einwohnern). Dort lieferten 20 Gruben 17 Millionen Tonnen Steinkohle oder etwa 8 % der gesamten Steinkohlen-erzeugung Deutschlands. Daneben wurden 1.650.000 Tonnen Koks geliefert. In der Eisenindustrie Deutschlands, die in der ganzen Welt eine hervorragende Stellung einnahm, war das Saargebiet ebenfalls hervorragend beteiligt. Es lieferte 1.370.000 Tonnen Hoheisen (12 % der gesamten deutschen Hoheisenerzeugung), über 2 Millionen Tonnen Stahl (etwa 14 % der Gesamterzeugung) und rund 1 1/2 Millionen Tonnen Walzisen (fast 13 % der Gesamterzeugung). Die Verarbeitung der phosphorhaltigen Erze des Saargebietes lieferte der deutschen Landwirtschaft jährlich allein 230.000 Tonnen Thomasmehl. Ganz bedeutend ist außerdem die Glasindustrie des Saargebietes und die keramische Industrie, die für rund 60 Millionen Mark jährlich produziert. Die wenigen Zahlen zeigen, welches Milliardenobst hier Frankreich sich mit dem Schein des Rechtes aneignen will.

Es wird ferner verlangt, daß wir ganz Elsaß-Lothringen ohne jedwede Entschädigung „zurückgeben“. Die deutsche Kulturarbeit, die in jenem Gebiet geleistet worden ist, und die s. B. die Strecken der Eisenbahnen von 770 Kilometer (1871) auf 1940 Kilometer (1913), die Eisenkohlenförderung von 300.000 Tonnen auf 3 1/2 Millionen Tonnen brachte, wird nicht gerechnet. Unvergütet bleibt das deutsche Verdienst um die Kolgengewinnung (350.000 Tonnen), die Baumwoll- und Kammergarnspinnerei, deren Ertragnisse durch deutschen Fleiß, deutsche Technik und deutsche Ausbauer auf 28 Millionen, bezw. 15 Millionen Programm gefördert wurden. Auch hier legt sich Frankreich in den Besitz von Milliardenwerten, ohne sie dem deutschen Konto „Wiedergutmachung“ gutzuschreiben.

Und daselbe Bild sehen wir im Osten. Während man deutsche Gebiete Westpreußens und Polens zu Polen schlägt, um uns mit unserer Ernährungswirtschaft in schädigt, um uns mit schlagern, raubt man uns Oberpolen, um uns die Mittel zu nehmen, die unsere Industrie beleben und unsere Kaufkraft langsam wieder heraufzuziehen. Die Größe der abbaufähigen Kohlenlager Oberschlesiens wird auf rund 115 Milliarden Tonnen geschätzt. Jährlich wurden in Oberschlesien 45 Millionen Tonnen gefördert, d. h. bei einer Gesamterzeugung (1913) von 191.000.000 Tonnen 22 %. Dazu kommt, daß 1/2 der gesamten deutschen Zinkenerzeugung und 1/3 der gesamten deutschen Bleierzeugung auf Oberschlesien entfallen. Welche Rentenschmerzen durch diese willkürliche Abkehrung deutschen Gebiets heimatlos, wieviel Hunderttausende drohen zu werden und wie letzten Endes unsere gesamte Industrie an diesem Abbruch dahinsinken muß, das man sich entweder auf gegnerischer Seite nicht klar gemacht oder aber man hat hier das Kriegsziel zu sichern gesucht, das England am ersten Tage des Krieges proklamierte: Vernichtung der deutschen Industrie.

Die nächsten Wochen werden zeigen, ob die Grausamkeit siegt oder der feste Glaube eines verzweifenden Volkes an das Recht und die Gerechtigkeit. M. A. D.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

*** Wädwillige Gerüchte.** Von Berliner amtlicher Stelle wird der Nachricht entschieden entgegengetreten, daß unter Billigung der Reichsregierung offen und heimlich zur Entzündung eines neuen Krieges gehetzt werde und daß in Sonderheit der Generallieutenant in Berlin bereits einen Plan zur Erhebung des deutschen Volkes ausgearbeitet habe. Um solchen Umtrieben ein für allemal den Boden zu entziehen, sei darum ausdrücklich festgestellt, daß keine verantwortliche Stelle in Deutschland, ja überhaupt kein Mensch mit gesunden Sinnen daran denkt, nach dem denken kann, aus dem neuen Kampf mit den Waffen anzureufen, und daß auch der Generallieutenant, der übrigens nicht in Berlin, sondern in Kolberg seinen Sitz hat, an nichts weniger denkt, als an die Ausarbeitung eines Planes zur bewaffneten Erhebung des deutschen Volkes. — Diese Gerüchte waren von der Presse der Unabhängigen in die Welt gesetzt worden.

*** Zur Feststellung des kaiserlichen Privatbesitzes** ist eine besondere Kommission eingesetzt worden. Bei der ungeheuren Ausdehnung der Materie und den oft sehr schwierigen Rechtsverhältnissen wird noch eine geraume Zeit vergehen, ehe irgend welche Verfügungen über die Behandlung des kaiserlichen Besitzes getroffen werden können. Das Vermögen der Prinzen und der anderen Mitglieder des königlichen Hauses ist in diese Verhandlungen ebenfalls miteinbegriffen und bleibt es. Den Hohenzollern soll später überlassen bleiben, sich mit dem Hausministerium darüber auseinanderzusetzen.

*** Das verlassene Reichstagsgebäude.** Wie von der Verwaltung des Reichstagsgebäudes mitgeteilt wird, ist nicht daran zu denken, daß die Nationalversammlung dort ihre Sitzungen in absehbarer Zeit wird aufnehmen können. Erst für Ende Juni ist, nach Aufhebung der Quarantäne, der Beginn der Instandsetzungsarbeiten in Aussicht genommen, die bei dem großen Umfange der Zerstörungen voraussichtlich nicht vor Anfang Herbst beendet sein werden. Eine Verlegung der Nationalversammlung in das Herrenhaus kommt deshalb nicht in Betracht, weil hier nur 300 Blöcke vorhanden sind.

*** Einspruch des bayerischen Landtages gegen den Gewaltfrieden.** Der in Bamberg versammelte bayerische Landtag erhob einstimmigen Widerspruch gegen den Plan des Ententefriedens, besonte, daß er sich unbedingt hinter die Reichsregierung stelle, und daß von einem bayerischen Sonderfrieden nie die Rede sein könne.

Aus Ja- und Ausland.

Dresden. Die sächsische Volkstammer wird ihre Sitzungen am 19. Mai wieder aufnehmen. In der ersten Sitzung wird die Regierung eine Erklärung zu den Friedensbedingungen abgeben.

Newyork. Die Deutsch-Amerikaner beginnen mit der Sammlung von Lebensmitteln an ihre in Deutschland wohnende Freunde. Der erste Dampfer wird am 6. Juni abfahren.

Gewerkschaften. Sobald von diesen Arbeitnehmerverbände geschaffen worden sind, ist die Möglichkeit eines Tarifabschlusses gegeben. Gegenwärtig finden Besprechungen von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt, die bereits über grundsätzliche Fragen des Tarifs verhandeln.

Warnung an die Inhaber von Gast- und Schankwirtschaften. In der gestrigen Presskonferenz des Dresdner Lebensmittelamts, welcher unser Vertreter beiwohnte, wurde folgendes zur Veröffentlichung bekannt gegeben: Die Inhaber von Gast- und Schankwirtschaften werden gewarnt, sich mit Fleisch und anderen rationierten Lebensmitteln im Schleichhandel einzudecken. Dadurch wird der Schleichhandel nur unterstützt und die allgemeine Versorgung der Bevölkerung gefährdet. Es wird daher in Zukunft noch strenger als bisher vorgegangen werden. Diejenigen Schankwirte, die sich Lebensmittel auf solche Weise beschaffen, haben nicht nur strenge Bestrafung zu erwarten, sondern auch Schließung ihres Gewerbsbetriebes.

Am 4. Ziehungstag der 8. Roten-Kreuz-Lotterie wurden folgende Gewinne gezogen: 5000 Mk. auf Nr. 123641, 2000 Mk. auf Nr. 169427, 1000 Mk. auf Nr. 218936, 500 Mk. auf Nr. 36572, 40583, 208930, 300 Mk. auf Nr. 86725, 89102, 200 Mk. auf Nr. 18831, 82353, 92827, 98858, 219209, 222999, 225666, 100 Mk. auf Nr. 64426, 77046, 124423, 132382, 192324, 197513, 177662, 208084.

Dresden. Der Badergehilfe Bähler fand am Dienstag nachmittag in der vierten Stunde im Großen Osttragehege unweit des dort aufgestellten städtischen Eib-

hades einen menschlichen Unterschenkel, vermutlich von einer Frau herrührend. Der Unterschenkel war unbekleidet, noch ziemlich frisch und hat aller Wahrscheinlichkeit nach erst kurze Zeit im Wasser gelegen. Nach dem Befund ist der Unterschenkel anscheinend sachgemäß aus dem Gelenk gelöst worden, sodass der Verdacht vorliegt, daß der Fund mit einem neuen Verbrechen im Zusammenhang steht. Die Auffindung des Unterschenkels erinnert an das letzte grauenvolle Verbrechen, an die Ermordung des Fruchtweihändlers Nisch in der Nacht zum 2. April. Dessen Leichnam wurde nach der Tat gleichfalls zerstückelt und teilweise in die Elbe geworfen. Während der Rumpf des Ermordeten bekanntlich auf Flur Keimzig angeschwemmt wurde, fehlen die in einem Paket in die Elbe geworfenen beiden Unterschenkel noch, wenigstens ist über die Auffindung dieser Körperteile bisher noch nichts bekannt geworden. Wie unser Berichterstatter auf eingezogene Erkundigungen erfahren hat, kommt der am Dienstag aufgefundenen Unterschenkel nicht in der Mordsache Nisch in Frage.

Dresden. Die „Sächsische Staatszeitung“ hat gestern nicht erscheinen können, weil das technische Personal der B. G. Teubnerschen Buchdruckerei, in der die Zeitung gedruckt wird, in eine Lohnbewegung eingetreten ist.

Dresden. Am Mittwoch kürzte sich infolge eines Herzleidens bei in den letzten Jahren stehende Zahnarztmeister Heinrich Brändler von seiner im Grundstück Friedrichstraße 20 gelegenen Wohnung aus auf die Straße, wo er schwer verletzt liegen blieb. Nach dem Friedrichstädter Krankenhaus gebracht ist D. alsbald verstorben.

Kirchennachrichten

Am Sonntag Kantate.
Außerordentlicher Buß- und Beichtag.

Wilsdruff.

Vorm. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl. — Vorm. 9 Uhr Buß- und Beichtgottesdienst. — Vorm. 11 Uhr Kinder-gottesdienst. — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst. — Abends 7 1/2 Uhr Jungfrauenverein (Pfarrhaus).

Grumbach.

Vorm. 1/2 9 Uhr Predigtgottesdienst. — Nachm. 1 Uhr Kinder-gottesdienst.

Reffelsdorf.

Vorm. 1/2 9 Uhr Beichte (Pfarrer Heber) — Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst (P. Zacharias). — Nachm. 1 Uhr Unterredung mit den Jungfrauen (Pfarrer Heber). — Nachm. 2 Uhr Taufen.

Sora.

Vorm. 8 Uhr Hauptgottesdienst. — Vorm. 1/2 10 Uhr Kinder-gottesdienst.

Simbach.

Vorm. 1/2 9 Uhr Predigtgottesdienst, im Anschluß daran Schriftenlehre mit der konf. Jugend.

Blankenfein.

Vorm. 8 Uhr Predigtgottesdienst.

Vorm. 9 Uhr katholischer Gottesdienst in Wilsdruff-Schloßkapelle.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Hünke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer L. R. Gärner. Für den Inseratenteil: Arthur Hünke, beide in Wilsdruff.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt

vom Sächsischen Ministerium der Justiz zur Annahme von Kündelgeldern im Falle des § 1808 des B. G. B. ermächtigt.

Aktienkapital: 125 Millionen Mark - Reserven: rund 55 Millionen Mark.

**Eröffnung von Scheck-Konten und laufenden Rechnungen.
Annahme von Bar-Einlagen zur Verzinsung gegen kürzere und längere Kündigungsfristen.
An- und Verkauf, Beleihung und Verwaltung von Wertpapieren.
Vermietung von Stahlschrankfächern.
Besorgung aller sonstigen bankmässigen Geschäfte.**

**Potschappel, Tharandter Strasse 13
(Goldener Löwe)
Fernsprecher Nr. III, Amt Deuben-Potschappel.**

**Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Depositenkasse Plauenscher Grund.**

Kassenstunden: 9-1 Uhr.

Statt Karten.
Gertrud Haupt
Arno Siegert
grüßen als Verlobte.

Dresden 17. Mai 1919 Weidstropf

Statt Karten.

Für die anlässlich unserer Vermählung und unseres Einzuges in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeit durch Glückwünsche, schöne Geschenke und Binden der Ehrenportien und Wirlanden sagen wir allen nur hierdurch, auch zugleich im Namen unserer Eltern, unsern

herzlichsten Dank.

Sora, den 12. Mai 1919.

Artur Heyde und Frau Martha
geb. Hanicke.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir hierdurch allen Verwandten und Bekannten

herzlichsten Dank.

Reffelsdorf, am 16. Mai 1919.

Arno Lommagsh und Frau geb. Garbe.

Reffelsdorf. Lebensmittelverteilung.

Sonnabend den 17. Mai.
Teigwaren, 250 Gramm auf Abschnitt 2 a und b der Nahrungsmittelkarten. Pfundpreis 65 Pfennige.
Kohlenabgabe. Näheres Anschlag.

Montag den 19. Mai.
Graupen, 100, 150 und 250 Gramm Nahrungsmittelkarten Abschnitt 3 a und b. Pfundpreis 48 Pfennige.
Reffelsdorf, am 16. Mai 1919.

Der Ernährungsausschuss.



**Trauer-Anzeigen
und Danksagungen**

werden in unserer vorzüglich und neuzeitlich eingerichteten Buchdruckerei binnen wenigen

Stunden prompt und sauber ausgeführt

Wilsdruffer Tageblatt

Wilsdruff i. Sa. Amtsblatt Zellaer Str. 29

**Verein f. Natur-
u. Heimatkunde**

Sonnabend den 17. d. M.
Frühjahrswanderung mit Pflanzenbestimmung im Pringtal — Herr Nischbach-Dresden.
Treffpunkt: 3 Uhr Gasthof Hühdorf.

Rühne.

Das Fräulein,

das gestern mit ihrer Kollegin die Wäsche von Meißner nach hier brachte, wird unter S. N. 100 postlagernd Siebenlehn um ihre werthe Adresse gebeten.

Ein gut erhaltenes

Pianino

echt Nußbaumgehäuse, ist zu verkaufen.

Angebote a. d. Geschäftsstelle d. Bl. unter 3675 erb.

Landbäckerei

möglichst mit Obhgarten zu kaufen gesucht.
Angebote erb. an S. R. 15, postl. Nichtenberg (Erzgeb.).

PATENT

Musterschutz
Warenzeichen
Durch das Patentbüro Krüger, Dresden, Schloßstr. 21 (Altmarkt) seit 1901 bekannt u. empfohlen. Rat u. Anweisung persönlich oder brieflich.
VERWERTUNG

**Kaufe
Schlachts-
pferde**

August Hohlfeld,
Wilsdruff, Fernspr. 498.
Im Notfalle mit Transportwagen sofort zur Stelle.

Welcher Landwirt hat noch 3 bis 5 Zentner Speisemöhren abzugeben? Es wird gebeten, die Adresse u. 3670 in der Geschäftsst. d. Bl. niederzulegen.

Ein Anzug und ein Ueberzieher, Größe von 46 an, wenn auch unscheinbar und verschossen, gegen Rasse sofort zu kaufen gesucht. Zuschrift mit Preis erbeten an
Willy. Mann, Helbigsdorf.

Einkassierer

für Wilsdruff u. Umgebung sofort von großer Versicherung gesucht. 50 Mk. Raution erforderlich. Best. Ang. an Frau Generalagentin Ziemler, Dresden-N., Dürerstraße 151.

**Heiteres fleißiges
Hausmädchen**

für sofort oder 1. Juni gesucht.
3000 Beese, Meißner Straße.

Schützenhaus Wilsdruff.

Sonntag den 18. Mai von nachmittags 4 Uhr an
Feine Ballmusik.

Hierzu ladet freundlichst ein Rudolf Krensch.

Gasthof Klipphausen.

Sonntag den 18. Mai von nachmittags 4 Uhr an
Feiner Ball.

Hierzu ladet freundlichst ein Otto Schöne.

Erbgerichtsgasthof Herzogswalde.

Sonntag den 18. Mai von 7 Uhr an
Feine Ballmusik.

Hierzu ladet ergebenst ein Fr. Martha v. v. Tändrich.

Voranzeige. Voranzeige.

Donnerstag den 22. Mai
Konzert u. Ball.

Rodes Gasthaus Grumbach

Sonntag den 18. Mai von nachmittags 5 Uhr an
Gross-Skatturnier

Hierzu ladet freundlichst ein Heinrich Rodt.

Prima feingem. Aekalkdünger

wird in den nächsten Tagen auf Station Ullendorf-Röhndorf eintreffen. Bestellungen erbitet
Max Galt, Röhrsdorf
Fernsprecher Amt Wilsdruff Nr. 526
Zweiggeschäft Bahnhof Ullendorf-N.
Fernsprecher Amt Wilsdruff Nr. 486.

Grumbach. Lebensmittelverteilung.

Sonnabend den 17. Mai: Marmelade auf Belegmarke Nr. 25, für den Kopf 350 Gramm. Pfundpreis 1.30 Mk.
Grumbach, am 16. Mai 1919.
Der Gemeindevorstand.